

United States Plan B



9. August 2023 | Observer R

Mit Plan A wird üblicherweise eine aktuelle Strategie bezeichnet; Plan B wird meist als Ersatz- oder Alternativstrategie für den Fall verwendet, dass Plan A nicht funktioniert.

Plan A

Für die USA ist der Plan A seit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg eine Form des Imperialismus. Damals gab es in den USA eine Anti-Imperialistische Liga (1898), die jedoch nicht erfolgreich war. Der Imperialismus war viele Jahre lang politisch korrekt, aber nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sowohl der Imperialismus als auch die Kolonien unmodern. Schließlich begannen Politikwissenschaftler und Autoren in Fachzeitschriften für internationale Beziehungen das Wort „Hegemonie“ als Ersatz zu verwenden. In allgemeineren Bezügen auf den US-Plan A wurden die Begriffe „liberale Demokratie“ und „internationale regelbasierte Ordnung“ verwendet. Kritiker benutzten oft den Begriff „American Empire“, um das Establishment zu ärgern. Ein Ziel von Plan A war in den letzten Jahren der Regimewechsel in Russland, um eine ähnliche Regierung wie unter Jelzin zu schaffen.

Der Krieg in der Ukraine hatte eine lange Vorlaufzeit als Teil des US-Plans A, mit einer „Orangen Revolution“ im Jahr 2004 und wechselnden Regimewechseln zwischen denjenigen, die den USA zugeneigt sind, und denjenigen, die Russland zugeneigt sind. Die ukrainische Regierung hatte sich vor 2014 für ein vorteilhafteres Wirtschaftspaket aus dem Osten (China und Russland) entschieden als für das Angebot aus dem Westen (USA und EU). China wollte Zugang zu den riesigen Getreideanbaugebieten in der Ukraine und Russland wollte die historischen Geschäfts- und Handelsbeziehungen fortsetzen. Nach dem Regimewechsel 2014 ließ die Ukraine das Abkommen mit dem Osten fallen und wandte sich dem Westen zu. Die Getreidefelder wurden von China auf US-Finanzinteressen umgestellt. Viele Fabriken in der Ukraine, die Teil der russischen Lieferkette gewesen waren, verloren ihr Geschäft und waren nicht mehr lebensfähig.

Das Getreidegeschäft von 2022 zwischen der Ukraine, Russland, der Türkei und den Vereinten Nationen verdeutlicht die komplexe Situation. Das Geschäft wurde der UNO mit der Begründung verkauft, dass das ukrainische Getreide benötigt werde, um eine Hungersnot in den armen Ländern der Welt zu verhindern. Der größte Teil des Getreides ging jedoch an China und die NATO-Länder. Die armen Länder erhielten weniger als drei Prozent. Und der größte Teil des Erlöses aus dem Getreideverkauf ging Berichten zufolge an einen großen US-Finanzinvestor, der in ukrainisches Ackerland investiert hatte. Außerdem hielt der Westen seinen Teil der Abmachung nicht ein – er weigerte sich, den Teil der Vereinbarung umzusetzen, der die Aufhebung einiger Sanktionen vorsah, damit Russland Düngemittel exportieren konnte.

Wieder einmal erwies sich der Westen aus russischer Sicht als „nicht einigungsfähig“. Die russische Aufkündigung des Getreidegeschäfts hat sowohl China als auch die NATO-Länder verärgert. Russland erklärte jedoch, dass es den armen Ländern kostenlos Ersatzgetreide zur Verfügung stellen würde. Nach dem ukrainischen Angriff auf die Brücke von Kertsch im Juli 2023 hat Russland die ukrainischen Häfen im Wesentlichen blockiert, alle Schiffe aufgefordert, sich fernzuhalten, und die Hafenanlagen bombardiert. Die Schäden sind offenbar schwerwiegend und werden die Getreideexporte für einige Zeit behindern.

Trotz der Bemühungen der USA verläuft der Krieg in der Ukraine nicht nach dem ursprünglichen Drehbuch für Plan A. Die ukrainische Armee kommt gegen die russische Verteidigung nicht voran und verliert eine große Zahl von Soldaten und Waffen. Die USA haben es versäumt, die Notwendigkeit einer umfangreichen Reserve an Fabriken zur Herstellung sehr großer Mengen an Waffen und Munition zu berücksichtigen. Der Westen ist nicht in der Lage, genügend Ersatzwaffen oder -munition zu produzieren. **Im Plan A wurden die Anforderungen der industriellen Kriegsführung nicht angemessen berücksichtigt.** Das NATO-Treffen in Vilnius war aus Sicht der Ukraine eine Katastrophe.

Die NATO hat der Ukraine im Grunde gesagt, dass sie der NATO erst beitreten kann, wenn die Ukraine den Krieg gewonnen hat, und dass die Ukraine bald gewinnen muss, weil die Finanzierung und Unterstützung der NATO für den Krieg wahrscheinlich Ende 2023 auslaufen wird. Dies bedeutet im Wesentlichen, dass die Ukraine den Krieg verlieren und der NATO nicht beitreten wird. Eine Erklärung für das Zögern der USA, der Ukraine modernere Waffensysteme zur Verfügung zu stellen, findet sich in den Ankündigungen von Biden und Co. dass die USA keinen Krieg mit Russland wollen. Ein weiterer Grund ist jedoch, dass die USA nicht wollen, dass ihre fortschrittlicheren Waffen von Russland in die Luft gesprengt oder erbeutet werden.

Der US-Plan A enthielt neben der industriellen Kriegsführung eine zweite Komponente, die man allgemein als **Finanzkrieg** bezeichnen könnte. Dazu gehörten die bekannten Sanktionen gegen Russland, mit denen Russland daran gehindert werden sollte, die US-Kreditkartensysteme, das SWIFT-Geldtransfersystem und andere Finanzsysteme zu nutzen. Die USA und die EU verhinderten auch russische kommerzielle Flüge nach Europa und Amerika, verhinderten die Ausfuhr kritischer Materialien und Technologien nach Russland, schikanierten russische Unternehmen und versuchten, russische Vermögenswerte in Höhe von rund 300 Milliarden Dollar zu beschlagnahmen.

Zum Leidwesen der USA hat weder der industrielle noch der finanzielle Krieg die gewünschte oder erwartete Wirkung gezeigt. Die USA verlieren ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine, die US-Waffen scheinen im Vergleich zu den russischen minderwertig zu sein, und die US-Fabriken sind

der industriellen Kriegsführung nicht gewachsen. Videos zeigen, wie westliche Waffen in Flammen aufgehen, was dem Verkauf von Waffen aus den USA und der EU an den globalen Süden nicht gerade zuträglich ist. Was die finanzielle Kriegsführung angeht, so hat Russland alternative Systeme entwickelt, um die westlichen zu ersetzen, und ein massives Importsubstitutions-Programm durchgeführt. Entgegen den Erwartungen haben die Sanktionen umgekehrte Auswirkungen gehabt und Russland sogar begünstigt. Der globale Süden wird immer misstrauischer, wenn es darum geht, Vermögenswerte im Westen zu halten oder zu sehr von westlichen Importen oder Systemen abhängig zu sein. Es gibt eine weltweite Bewegung zur Entdollarisierung. Nun sieht es so aus, als ob der Plan A der USA sowohl an der Industrie- als auch an der Finanzkriegsfront scheitert.

Plan B

Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass die USA einen Plan B hatten. Es hätte eine ausgefeilte Analyse möglicher Rückschläge, Nebenwirkungen, Bumerangs und eines möglichen völligen Scheiterns von Plan A geben müssen. In einer „Konfliktfolgenabschätzung“ wären die Alternativen zu der vorgeschlagenen Maßnahme sowie die möglichen Nebenwirkungen jeder einzelnen Alternative analysiert worden. Es ist unklar, ob eine solche Erklärung erstellt wurde. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass viele amerikanische Politiker, die von Exzeptionalismus und Hybris durchdrungen sind, einen Ersatzplan für notwendig oder wünschenswert gehalten hätten.

In dem Maße, in dem das drohende Scheitern von Plan A in der Ukraine immer deutlicher sichtbar wird, tauchen jedoch einige zaghafte alternative Vereinbarungen auf. Ein solcher Vorschlag besteht darin, der Ukraine eine Art Sicherheitsgarantie zu geben, ähnlich der impliziten Garantie, die die USA Israel gegeben haben. Diese Idee ist nicht sehr detailliert, und es ist schwer vorstellbar, wie sie angewendet oder umgesetzt werden könnte. Kein NATO-Land hat eine gemeinsame Grenze mit Israel, auch Russland hat keine gemeinsame Grenze, und Israel verfügt Berichten zufolge über einen großen Bestand an Atomwaffen.

Ein weiterer Vorschlag ist ein Waffenstillstand an der aktuellen Kontaktlinie und eine Teilung der Ukraine, wie sie in Korea vorgenommen wurde. Auch hier ist es schwer vorstellbar, dass dies in der Praxis funktioniert, denn Russland hätte immer noch einen NATO-Vertreter an seiner Grenze und immer noch Neonazis und eine ukrainische Armee nebenan. Es wäre zweifelhaft, ob Russland einer Idee zustimmen würde, die so weit von der seitens Russland vorgeschlagenen europäischen Sicherheitsarchitektur entfernt ist.

Als dritte Möglichkeit wird genannt, dass polnische und baltische Truppen tatsächlich in den Kampf in der Ukraine eingreifen, um die Verluste der ukrainischen Truppen auszugleichen. Polen würde im Wesentlichen den westlichen Teil der Ukraine besetzen und der Krieg würde in einer Pattsituation enden. Russland hat die Polen bereits aufgefordert, nicht einmal daran zu denken. Ein vierter Vorschlag besteht darin, die „Erzählung“ fortzusetzen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, und gleichzeitig heimlich mit Russland über die Beendigung der Kämpfe zu verhandeln. Dies ist eine Variante von „den Sieg erklären und nach Hause gehen“. Das wäre natürlich sehr schwer umzusetzen.

In jedem Fall handelt es sich um begrenzte Vorschläge, die sich nicht mit dem übergreifenden Wettstreit USA gegen Russland befassen. Im Nachhinein betrachtet hätte Plan A Bestimmungen für die Verlagerung von Fabriken, die zur industriellen Kriegsführung in der Lage sind, sowie für die For-

schung und Entwicklung von Hyperschallwaffen enthalten müssen. Ein verspäteter Versuch, die Probleme jetzt anzugehen, ist wahrscheinlich zu wenig und zu spät.

Was die finanzielle Kriegsführung anbelangt, so hatten Wissenschaftler bereits früher darauf hingewiesen, dass Sanktionen nur selten zu einem Regimewechsel führen und meist der einfachen Bevölkerung schaden. Sanktionen beschleunigen die Entwicklung eines inländischen Ersatzes für die sanktionierten Güter. Das Fehlen von Fabriken in den USA und das Fehlen von Hyperschallwaffen in den USA hätte 2018 deutlich werden müssen, als Russland seinen neuen Bestand an „Wunderwaffen“ ankündigte. Stattdessen herrschte in den USA zunächst Ungläubigkeit darüber, dass Russland zu einem derartigen Schachzug fähig sei. Doch im Dezember 2021, als Russland sein Nicht-Ultimatum an die Ukraine stellte, gaben die USA zu, dass sie im Wettrüsten weit zurücklagen und ein Crash-Programm zur Beschaffung von Hyperschallwaffen starteten.

Zwischen 2018 und 2021 mehrten sich also die Anzeichen, dass Plan A auf sehr wackligen Beinen stand. Der Nationale Sicherheitsrat (NSC), die Defense Intelligence Agency (DIA) und die Central Intelligence Agency (CIA) hätten hohe US-Beamte vor diesen Fakten warnen müssen. Ob dies geschehen ist, ist eine offene Frage. Vielleicht haben die Analysten es versucht, aber das mittlere Management wollte nicht der Überbringer schlechter Nachrichten sein. Oder die obersten Beamten wurden zwar informiert, beschlossen aber, die Warnungen zu ignorieren. Wie dem auch sei, die USA führten Plan A aus und befinden sich nun in einem allgemeinen Fiasko.

Ein britischer General, Bernard Montgomery, sagte: „Regel 1 auf Seite 1 des Kriegshandbuchs lautet: Marschiere nicht gen Moskau.“ Napoleon hat es versucht, Hitler hat es versucht, und jetzt haben es Biden & Co. versucht. Die Russen sind in Paris gelandet, die Russen sind in Berlin gelandet, aber die Amerikaner haben immer noch Zeit, eine Ausfahrt zu nehmen. Die Amerikaner sollten den Tag bereuen, an dem sie das russische Not-Ultimatum vom Dezember 2021 nicht ausgenutzt haben. Der Grund dafür ist, dass die USA zu diesem Zeitpunkt noch Zeit hatten, zumindest einen Teil ihrer finanziellen Hegemonie in der Welt zu retten und sich von einigen nicht mehr nützlichen Dingen zu trennen.

Plan B – Was hätte getan werden können

Im Zeitraum 2018-2021 hätte ein Versuch der USA, in der industriellen Kriegsführung wettbewerbsfähig zu werden, lange Zeit gebraucht, um Früchte zu tragen, und ein Versuch, im Wettrüsten aufzuholen, war ebenfalls zweifelhaft. Die USA waren jedoch immer noch in der Lage, sich an einem „heimlichen“ Wettbewerb in der finanziellen Kriegsführung zu beteiligen, aber dies hätte eine Reihe von nahezu entgegengesetzten oder umgekehrten Strategien erfordert.

Der Schlüssel lag darin, die weltweite Verwendung des US-Dollars zu fördern, indem man Anreize schuf, anstatt die tatsächlich auferlegten Anreize zu unterlaufen. Der US-Dollar war weltweit die wichtigste Transaktionswährung, das wichtigste Zentralbankreservegeld, und die US-Finanzsysteme waren die besten der Welt. Die Billionen von US-Dollars, die außerhalb der USA gehalten wurden, waren für die USA „freies“ Geld, und es hätten alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um andere Länder zu ermutigen, US-Dollars zu halten und zu verwenden. Leider griffen die USA zu Schikanen und Sanktionen gegen andere Länder, was genau das Gegenteil bewirkte. Die Maßnahmen der USA förderten die Entdollarisierung. Die USA verpassten eine Gelegenheit, mit ihren Konkurrenten umzugehen, indem sie sie „mit Freundlichkeit umbrachten“.

Ein entscheidender Faktor für die finanzielle Hegemonie ist die Rolle des US-Dollars im Welthandel und bei den Zentralbankreserven. Die Währung wird verwendet, um die Räder des Handels in der ganzen Welt zu schmieren, und der US-Dollar ist der Standard für die Auflistung von Preisen und die Veröffentlichung von Wirtschaftsstatistiken. Als die USA während der Nixon-Regierung den Goldstandard abschafften, waren die Beamten vorausschauend genug, den Dollar durch saudi-arabisches Öl zu stützen. Saudisches Öl sollte nur in US-Dollar verkauft werden, daher der Name „Petrodollar“.

Leider haben spätere US-Regierungen Maßnahmen ergriffen, die die Hauptrolle des Dollars untergraben haben. Plan B hätte umfassende und ausgeklügelte Bemühungen zur Unterstützung der Verwendung des Dollars beinhalten sollen, wobei man sich darüber im Klaren gewesen wäre, dass eine übermäßige Abhängigkeit vom saudischen Öl langfristig nicht tragfähig ist. Die Unterstützung hätte in Form einer Aufforderung an alle Länder und Unternehmen erfolgen können, das Geldüberweisungssystem SWIFT zu nutzen. SWIFT hätte in ein wirklich internationales Unternehmen umgewandelt werden sollen, mit einem Vorstand, in dem alle Länder der Welt angemessen vertreten sind. Die USA hätten die Kontrolle aufgeben und ein neutrales Management übernehmen sollen. Dasselbe Verfahren hätte auch bei den Kreditkartensystemen und anderen Finanzmechanismen angewandt werden sollen, um den kontinuierlichen Fluss von Dollars durch alle Länder zu fördern. Stattdessen setzten die USA Sanktionen ein, um sowohl SWIFT als auch die Kreditkartenabwicklung zu einer Waffe zu machen, mit dem Ergebnis, dass konkurrierende Systeme, die nicht auf den US-Dollar angewiesen sind, entwickelt und genutzt werden.

Darüber hinaus hätte der Westen niemals versuchen dürfen, russische Vermögenswerte im Ausland zu beschlagnahmen, einschließlich der angeblichen russischen Währungsreserven in Höhe von 300 Milliarden Dollar. Die Beschlagnahmung der Yachten russischer Eigner war eine kindische Werbeaktion, ähnlich wie die „[Freedom Fries](#)“-Idiotie während des Irakkriegs. Diese und andere Aktionen gleicher Art dienten nur dazu, den Ruf der USA in Bezug auf die Achtung der Eigentumsrechte von Ausländern zu untergraben.

Ein weiterer Bereich, den Plan B hätte abdecken sollen, ist die Lagerung von Gold. Im Laufe der Jahre haben viele Regierungen und Banken ihr Gold in Kriegszeiten zur sicheren Aufbewahrung in die USA gebracht. Ein Teil dieses Goldes wurde im legendären Fort Knox gelagert, zusammen mit den Goldbeständen der USA. Diese Funktion erforderte ein Höchstmaß an Ehrlichkeit und Transparenz. Die USA hätten für sich selbst als „Tresor für die Welt“ werben sollen und dann dem Marketing-Hype gerecht werden müssen. Das deponierte Gold hätte auf Verlangen sofort an den ausländischen Eigentümer zurückgegeben werden müssen, mit der korrekten Seriennummer auf den Barren und mit einer sorgfältigen Überprüfung, dass sich kein Gold auf wundersame Weise in Wolfram verwandelt hat, während es deponiert war. Darüber hinaus hätte der Tresor für realistische Prüfungen durch internationale Experten geöffnet werden müssen, um alle unglücklichen Gerüchte auszuräumen.

Der US-Dollar soll durch das volle Vertrauen und die Kreditwürdigkeit der US-Regierung gedeckt sein, aber wenn ernsthafte Zweifel an der Redlichkeit der Goldverwahrung in den USA aufkommen, dann wird auch dieses Vertrauen und diese Kreditwürdigkeit in Frage gestellt. Plan B hätte auch die Frage des Umgangs mit dem Gold einer fremden Nation im Falle eines Krieges oder einer Revolu-

tion, in die die USA verwickelt wären, abdecken sollen. Die Gerüchte über verschwundenes Gold im Irak und in Libyen sind Beispiele für das scheinbare Fehlen angemessener Verfahren.

Diese Ideen kratzen nur an der Oberfläche der möglichen Maßnahmen zur Stützung des Dollars. Andere naheliegende Ideen betreffen die Staatsverschuldung, den Bundeshaushalt, die Inflation und eine Analyse der Geschichte von Imperien. Eine Konfliktfolgenabschätzung hätte all diese und andere Alternativen und Methoden detailliert analysiert, so dass eine fundierte Entscheidung getroffen werden könnte.

Fazit

Bereits 2018 konnten informierte Beobachter erkennen, dass die Strategie des US-Establishments für den Umgang mit Russland (Plan A) wahrscheinlich nicht erfolgreich sein würde. Die Gründe dafür waren:

1. Den USA fehlten die für einen industriellen Krieg notwendigen Fabriken,
2. den USA fehlten fortschrittliche Waffen, um Russlands Hyperschalltechnik zu begegnen,
3. die Abhängigkeit der USA von Sanktionen würde sich als kontraproduktiv erweisen.

Zu diesem Zeitpunkt hätten die USA zu einer Ersatz- oder Alternativstrategie (Plan B) übergehen sollen, aber ein solcher Plan schien nicht verfügbar zu sein.

Es gab eine mögliche, aber ungeschriebene alternative Strategie: Die Stützung des US-Dollars durch zusätzliche Maßnahmen zur Ergänzung des früheren Petrodollar-Schemas und die Beseitigung von Maßnahmen, die die Verwendung des Dollars schwächten. Zum Leidwesen des US-Establishments verfolgten die USA Plan A mit dem Ergebnis, dass es nicht nur nicht gelang, Russland zu versenken, sondern auch jede Chance auf einen realistischen Plan B zunichte gemacht wurde.

Wie es jetzt aussieht, stehen die USA vor einem weiteren militärischen Debakel in der Ukraine, einem wiedererstarkenden Russland, einem kollabierenden innenpolitischen Umfeld in den USA und einem globalen Osten und Süden, der den Westen hinter sich lässt. Erschwerend kommt hinzu, dass öffentlich keine Alternative in Betracht gezogen wird, die funktionieren könnte.